



TÄTIGKEITSBERICHT 2021

Liebe Kolleg*innen,

der Ihnen jetzt vorliegende Tätigkeitsbericht ist für uns immer ein Anlass, unsere Arbeit des letzten Jahres zu reflektieren. Der Personalrat hat sich nach der Wahl am Ende des Jahres 2020 neu konstituiert. Dieses Team besteht aus einer guten Mischung von erfahrenen und vielen neuen und jungen Mitgliedern.

Im Jahr zwei der Pandemie hatten Sie und auch der Personalrat es mit großen Herausforderungen zu tun. Das Hangeln von einer Infektionsverordnung zur nächsten, die Anpassung der Arbeit an die jeweils gel-

tenden Vorschriften, unzureichende oder spät ankommende Schutz- und Kontrollmittel und schließlich die erst nach über einem Jahr beginnende Ausstattung der Lehrkräfte mit elektronischen Endgeräten erschwerten die Konzentration auf den eigentlichen Kern der Arbeit.

Thema Corona

Der Personalrat hat ein Mitbestimmungsrecht bei Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dazu zählen auch die Hygienepläne der Schulen. Es war sehr mühsam, die Schulen dazu zu bringen, sie uns vorzulegen. Notwendige Änderungen der Pläne wegen veränderter Rahmenbedingungen erreichten uns ebenfalls nur spärlich. Die Grundlage für die Einschätzung der Situation an den Schulen ist der Stufenplan der Senatsverwaltung. Auf die nicht transparenten Kriterien in diesem Stufenplan hat der Personalrat mehrfach hingewiesen.

Kolleg*innen mit erhöhtem Risiko, schwer an Corona zu erkranken, haben eine Gefährdungsbeurteilung erhalten. Diese wurde uns vorgelegt und die Kolleg*innen individuell beraten.

Die „Corona-Prämie“ für den besonderen Einsatz in der Notbetreuung während des ersten Lockdowns sorgte an vielen Schulen für Unruhe. Zehn Schulen wollten diese Zuwendung für ihre Beschäftigten zunächst gar nicht erst abrufen. Durch unsere Interventionen erreichten wir, dass diese Schulen die Prämie dann doch noch an die Beschäftigten ausgezahlt haben.

Unfallmeldungen

Der Personalrat hat bzgl. der Ansteckungsgefahr mit Covid 19 in der Schule Kontakt mit der Berliner Beratungsstelle Berufskrankheiten bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

aufgenommen. Durch die intensive Zusammenarbeit konnten wir die Beschäftigten informieren und bei der Meldung einer möglichen Infektion als Arbeitsunfall unterstützen. Wir erreichten, dass in einem tragischen Todesfall die Infektion als Arbeitsunfall anerkannt wurde und dadurch die Familie zukünftig finanziell abgesichert sein wird.

Infektionsschutz

Ein großes Thema des vergangenen Jahres war die Ausstattung der Schulen mit Masken und Luftfiltergeräten sowie die Bereitstellung und die Beaufsichtigung der Testungen ab Februar 2021.

Die Auslieferung der Masken verzögerte sich so sehr, dass der Personalrat Initiativanträge gestellt hat, um die Ausstattung mit den verschiedenen Masken zu forcieren.

Weiterhin forderten wir den Arbeitgeber auf, für die Testungen medizinisches Personal einzustellen. In den Fällen, in denen die Schule das medizinische Personal anforderte, wurde es auch entsprechend organisiert.

Ebenfalls in Form eines Initiativantrages forderten wir die Beschaffung und Aufstellung von Luftfiltergeräten.

Digitalisierung

Im Zuge der Coronapandemie mussten fast alle Schulen eigene digitale Kommunikationsstrukturen aufbauen. An vielen Schulen ist die digitale Kommunikation weiterhin nicht geregelt. Kolleg*innen beschwerten sich in diesem Zusammen-

hang über damit einhergehende zusätzliche Belastungen (z.B. Druck auf die Beschäftigten zur Nutzung der Kommunikationskanäle und übergriffiges Kommunikationsverhalten; zu wenige Fortbildungs- und Schulungsangebote). Soweit wir davon Kenntnis erhielten, haben wir versucht, das über die Schulaufsicht an den betreffenden Schulen zu problematisieren.

Im Auftrag der letzten Personalversammlung haben wir einen Beteiligungsbogen für die Schulen zu IT-Maßnahmen und eine Musternutzungsordnung für die digitale Kommunikation entwickelt und mit der Schulaufsicht abgestimmt. Schulleitungen wurden aufgerufen, uns ihre IT-Lösungen zur Mitbestimmung vorzulegen. Inzwischen haben einige Schulen ihre Lösungen offiziell mit uns abgestimmt und unsere Beteiligung eingeholt.

Mobile Endgeräte

Seit Mai dieses Jahres kommen vermehrt mobile Endgeräte für das pädagogische Personal an den Schulen zum Einsatz. Die Einführung der Geräte und der Umgang damit wird derzeit mit dem Hauptpersonalrat abgestimmt. Wir haben im Rahmen von umfangreichen Stellungnahmen den Mitbestimmungsprozess kritisch begleitet. U.a. kritisierten wir, dass die Einführung der mobilen Endgeräte überhastet erfolgte, die Geräte zurzeit nicht funktional sind und viele essentielle Fragen nicht geklärt sind, z.B. Haftungsfragen, Aufnahme von Software, Schulungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Für die Verwaltungsleitungen und die Sekretariate sollte eigentlich die Rahmendienstvereinbarung zur mobilen Telearbeit regeln, unter welchen Voraussetzungen und wie Home Office durch Beschäftigte erfolgen kann. Aufgrund der pandemischen Situation wollten Beschäftigte von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Der Arbeitgeber hat dies abgelehnt. Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnten wir keine Lösung im Sinne der Betroffenen herbeiführen, halten aber weiterhin den Druck auf die Senatsbildungsverwaltung aufrecht.

Verlässliche Grundausstattung

Kolleg*innen informierten den Personalrat über bevorstehende Kürzungen von Förderstunden im LES Bereich (Lernen, emotional-soziale Entwicklung, Sprache). Der Personalrat stellte fest, dass

die Umstellung der Bedarfsermittlung zur Verlässlichen Grundausstattung tatsächlich zu herben Verlusten bei einigen Schulen führen wird. Alle zuständigen Stellen wurden kontaktiert, das Problem wurde jedoch relativiert bzw. abgestritten. Nachdem eine Anfrage im Abgeordnetenhaus gestellt wurde und die Presse über das Problem berichtete, steuerte die Senatsverwaltung nach. Allerdings wurden nach Informationen des Personalrates Anfang dieses Schuljahres wieder Nachsteuerung zurückgenommen. Wir werden die Entwicklung weiterhin begleiten.

Raumsituation

Der Personalrat warnte in der Vergangenheit vor Schulschließungen und -fusionen und damit einhergehenden Zweckentfremdungen von Gebäuden.

Wir wurden u.a. darüber informiert, dass Sporthallen und Fachräume zu Mensen umfunktioniert wurden, eine Umnutzung von dringend benötigten Rückzugsräumen stattfand, die Klassenfrequenzen nicht mehr eingehalten werden konnten und zusätzliche Klassen in die Schulen gequetscht wurden. Aus den Schulen erreichen uns immer wieder Berichte von steigenden Gewaltvorfällen, die nach Meinung der Kolleg*innen eng mit der Raumverdichtung in Verbindung stehen. Das Schulamt und die Senatsverwaltung wurden in Gesprächen regelmäßig über die untragbare Situation informiert. Der Personalrat initiierte Schulbegehungen und erreichte hierbei in einigen Fällen Verbesserungen.

Heimatsprachlicher Unterricht (HSU)

Für den HSU gab es bisher kein geregelter Einstellungsverfahren. Wir haben den entsprechenden Stellen der Senatsverwaltung mitgeteilt, dass der PR ohne ein ordentliches Verfahren die Zustimmung für zukünftige Einstellungen verweigern wird. Als Ergebnis konnten wir damit aber sicherstellen, dass der Zugang für vollausgebildete Lehrkräfte nach Recht des Heimatlandes ermöglicht wurde. Das allerdings führte zu Härten für manche bisherigen Stelleninhaber*innen.

Quereinstieg

Aufgrund des Lehrkräftemangels steigt die Zahl der Quereinsteigenden weiter. Die Sicherstellung

einer angemessenen Unterstützung für eine erfolgreiche Ausbildung führt zu einer zusätzlichen Belastung für Schulleitungen und Kollegien. Beim Personalrat kamen vermehrt Beschwerden an über fehlende Mentoren, Beratungsgespräche und Diskrepanz bei der Einschätzung durch die Schulleitungen. Wir haben die individuelle Begleitung der Einzelfälle übernommen, waren bei Prüfungen zugegen und haben von Schulleitungen eingefordert, Mentor*innen einzusetzen und entsprechend zu entlasten. Für eine grundsätzliche Verbesserung der Situation arbeiten wir daran, die Schulen für dieses Thema noch mehr zu sensibilisieren und ein tragbares Klima für alle Beteiligten zu schaffen. Im September erarbeiteten wir mit der Referatsleitung ein Papier, das Handlungshinweise für den Umgang mit Quereinsteigenden enthält.

Intervention bei Eingruppierungen

Ein großer Teil unserer Kapazitäten wurde in der Überprüfung von Eingruppierungen gebunden. Nach erfolgter Einstellung muss uns zeitnah die Eingruppierung zur Mitbestimmung vorgelegt werden. Hierbei kommt es oft zu langen Verzögerungen, Fehlern und Ungereimtheiten bei der Bestimmung des Entgelts. In vielen Fällen suchten

wir den kurzen Weg, um im Gespräch mit der Personalstelle eine Klärung zu erreichen. Wenn keine Einigung erzielt wurde, lehnten wir die Eingruppierung zunächst ab, um allen Kolleg*innen das ihnen zustehende Gehalt zu sichern.

In eigener Sache

Bei der letzten Wahl erreichte Friedrichshain-Kreuzberg trotz Coronabedingungen die höchste Wahlbeteiligung der vergangenen zwölf Jahre. Maßgeblich für den Erfolg war die Entscheidung, an allen 49 Schulen im Bezirk Wahllokale anzubieten. Wir erhielten viele positive Rückmeldungen und werden dem nächsten Wahlvorstand empfehlen, die Organisation der Wahlen mit Wahllokalen an allen Schulen für die nächsten Wahlen fortzuführen.

Die Geschäftsfähigkeit, Ansprechbarkeit und Beratungstätigkeit des Personalrates konnten wir in der Coronazeit trotz fehlender digitaler Arbeitsmöglichkeiten weitgehend aufrechterhalten. Der Arbeitgeber ist bis heute nicht in der Lage, diese bereitzustellen. Deswegen haben wir im September erwogen, eine Klage einzureichen und eine Anwältin beauftragt.



*Für die Vorbereitung der Personalversammlung bitten wir alle Kolleg*innen um Unterstützung.*

Der nebenstehende QR-Code führt Sie zu einer Umfrage. Hier können Sie uns schnell, anonym und ohne großen Aufwand Hinweise für die Durchführung der Personalversammlung geben.

Vielen Dank!

Einladung zur Personalversammlung am Donnerstag, 28.10.2021

Kosmos, Karl-Marx-Allee 131 a, 10243 Berlin

Anfahrt: U 5, U-Bhf. Weberwiese oder U-Bhf. Frankfurter Tor, Tram M 10 oder 21: Frankfurter Tor

Die Personalversammlung muss wegen der unsicheren Infektionslage und der zu erfüllenden Auflagen wie im letzten Jahr in verschiedenen Gruppen stattfinden.

Wir planen mit drei Durchgängen. Der nachfolgenden Tabelle entnehmen Sie bitte, zu welchem Termin Ihre Schule vorgesehen ist.

Hygienemaßnahmen:

Das Hygienekonzept basiert auf der 3G-Regel. Deshalb bitten wir Sie, wenn es nötig ist, ein aktuelles Testergebnis nachzuweisen.

Beim Einlass müssen wir Ihre Kontaktdaten erfassen. Wir bieten Ihnen die Möglichkeit des Scannens eines QR-Codes mittels Luka- oder Corona-Warn-App an. Es besteht auch die Möglichkeit sich analog registrieren zu lassen.

Der Mindestabstand von 1,5 m zwischen Personen ist einzuhalten. Bitte tragen Sie Ihren Mund-Nasen-Schutz solange bis Sie Ihren Platz eingenommen haben und bringen Sie eventuell benötigtes Desinfektionsmittel selbst mit.

09.00 bis 10.30	11.00 bis 12.30	13.00 bis 14.30
02 G 01	02 G 08	02 G 13
02 G 02	02 G 09	02 G 14
02 G 03	02 G 10	02 G 24
02 G 04	02 G 11	02 G 26
02 G 07	02 G 12	02 G 19
02 G 20	02 G 23	02 G 31
02 G 21	02 G 27	02 G 32
02 G 22	02 G 18	02 G 33
02 G 36	02 G 29	02 K 10
02 K 01	02 G 34	02 K 03
02 K 05	02 G 35	02 K 04
02 K 07	02 K 02	02 K 09
02 S 01	02 K 06	02 S 02
02 S 03	02 K 08	02 S 06
02 Y 01	02 Y 04	02 Y 06
02 Y 03	02 Y 05	02 Y 07
		02 Y 08